



Haushalt 2012

1. Lesung, 14.09.2012

TOP 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

Redemanuskript Joachim Paul, MdL

Es gilt das gesprochene Wort

[Anrede]

Ich darf hier zu Anfang einmal klipp und klar für die Piratenfraktion feststellen: Die Legislative dieses Landes, nämlich das Parlament, wir befinden uns heute am 14. September 2012 in der 1. Lesung zum Haushalt 2012.

Mit anderen Worten, das Haushaltsjahr ist im Grunde abgelaufen und Sie eröffnen heute das Beratungsverfahren zum Haushalt 2012.

Die Piratenfraktion bezeichnet so eine Veranstaltung als Hängepartie. Wir können dieses Verfahren als Fraktion daher auch nur mit großen Bauchschmerzen begleiten. Aus der Sicht der Piratenfraktion werden mit diesem Verfahren die demokratischen Beteiligungs- und Entscheidungsrechte des Parlaments in einer Weise strapaziert, wie es in ganz Deutschland seinesgleichen suchen dürfte. Die von uns Piraten immer wieder eingeforderte Transparenz will ich hier erst gar nicht bemühen. Sie stellen uns vor vollendete Tatsachen, die sie im Laufe des Jahres geschaffen haben - und zwar durch die Anwendung der Instrumente der vorläufigen Haushaltsführung; man nennt das ja auch Nothaushaltsrecht.

Die Bürger im Lande, die zahlreichen Initiativen und Institutionen, die Kommunen und alle anderen Zuwendungsempfänger sind dringend auf planungssichere Förderentscheidungen des Landes angewiesen. Sie haben zu Recht einen Anspruch darauf, dass rechtzeitig, also vor Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres, die notwendigen Entscheidungen des Parlamentes über den Haushalt getroffen werden.



Die Landesverfassung und die Landeshaushaltsordnung sehen dafür einschlägige Regeln vor (Landesverfassung NRW Artikel 81 Abs. 3 sowie Landeshaushaltsordnung NRW § 1 und § 30). Ich darf daran erinnern, dass sie den ursprünglichen Haushaltsplan 2012 bereits viel zu spät dem Parlament vorgelegt haben (exakt am 19. Dezember 2011). Auf die Einzelheiten will ich hier nicht weiter eingehen. Wir als Piratenfraktion können und wollen Ihnen das nicht durchgehen lassen, denn wir stehen für Transparenz und Teilhabe. Die Leidtragenden sind die auf Förderentscheidungen angewiesenen Menschen im Lande.

Mit einem derartigen Verfahren wird die parlamentarische Budgetpflicht ausgehebelt. Sie sieht vor, dass das Parlament den Haushaltsplan vor Beginn des jeweiligen Rechnungsjahres durch das Haushaltsgesetz feststellt. Das Budgetrecht gehört zum Kernbestand der parlamentarischen Befugnisse und ist im Rahmen der parlamentarischen Gestaltungs- und Kontrollrechte in keiner Weise verzichtbar. Die Verfassungsorgane sind nicht in der Lage, ihren Pflichten nachzukommen, den Haushaltsplan 2012 durch Verabschiedung des Haushaltsgesetzes rechtzeitig, d. h. vor Beginn des Haushaltsjahres, festzustellen.

Die Piratenfraktion wird alles dafür tun, damit Schaden für unser Land Nordrhein-Westfalen abgewendet wird. Wichtige Maßnahmen und Investitionsvorhaben werden durch eine solche Vorgehensweise (die Anwendung des Nothaushaltsrechts) verzögert oder können nicht durchgeführt werden. Dies hat bekanntermaßen kontraproduktive Wirkungen auf die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Darüber hinaus werden die umfangreichen Aufgaben zur Wahrnehmung der staatlichen Ausgleichsfunktionen in unverantwortlicher Weise vernachlässigt und die soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft nimmt Schaden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass die Landesregierung nicht nur 2012 den Haushaltsplan viel zu spät vorgelegt hat, sondern schon 2011 wurde der Haushalt auch erst Ende Mai desselben Jahres verabschiedet. Wir als Piratenfraktion fordern deshalb die Landesregierung bereits heute auf, zukünftig ein ordnungsgemäßes und demokratisches Haushaltsberatungsverfahren sicherzustellen. Damit meinen wir insbesondere den Beratungsfahrplan und die geplante Haushaltsverabschiedung für das Haushaltsjahr 2013.



Die Piratenfraktion, meine Damen und Herren von der Landesregierung, nimmt die einschlägigen Regeln der Landesverfassung ernst!

Zu einigen weiteren Grundsatzfragen im aktuellen Haushalt:

Ich will den von der Landesregierung SPD/Grüne gerade vorgelegten Haushalt 2012 nicht vorschnell und abschließend bewerten. Dennoch scheint er mir eine Kapitulation vor der verfehlten Finanzpolitik auf Bundesebene zu sein.

Haushaltsloch und Steuermindereinnahmen sind nicht wie eine Naturkatastrophe über uns gekommen. Hier gab es politische Entscheidungen. Ich verweise hier auf die Politik der intellektuellen Vordenker der deutschen Sozialdemokratie wie Clement und Steinbrück.

Die Nettoneuverschuldung liegt in 2012 bei 4,6 Milliarden Euro. Die für die Neuverschuldungsgrenze maßgebliche Summe der eigenfinanzierten Investitionen beträgt laut Etatplan 5,1 Milliarden Euro. Damit unterschreiten sie die zulässige Kreditgrenze um rund 500 Millionen Euro. Nach erster Durchsicht des Haushaltsplanes stellt die Piratenfraktion fest, dass es keine offensichtlichen Kürzungen im Personalbereich und im Sozialbereich gibt.

Wir Piraten begrüßen das ausdrücklich, dafür haben sie unsere Unterstützung! Dennoch - und diese Anmerkung richte ich besonders an Herrn Finanzminister Walter-Borjans: Machen wir uns nichts vor. Ihre Zahlen glänzen nicht – sie zählen nur. Man könnte auch sagen, die haushalterische und finanzpolitische Saldenmechanik stimmt. Aber stimmen auch die Investitionen in die Zukunft unserer Bürger, in die Zukunft unserer Kinder, in die Zukunft unserer Infrastruktur?

Herr Finanzminister, mit der Ausbringung einer Globalen Minderausgabe beschreiten sie erneut einen reichlich intransparenten Weg, Einsparungen im Haushalt 2012 vorzunehmen. Das können wir als Piratenfraktion nicht gutheißen, das ist mit unseren Transparenzgrundsätzen nicht vereinbar!

Diese ungewöhnlich hoch dotierte Globale Minderausgabe liegt bei immerhin rund 750 Millionen Euro, und das Parlament hat keinen Einfluss darauf, wo und in welcher Höhe diese Einsparungen erwirtschaftet werden. Diese globale Größe entzieht sich



vollkommen der Steuerung durch das Parlament und wird dem Souverän mithin erst im Haushaltsvollzug ex post, also nachträglich bekannt gegeben.

Der Haushalt ist aus unserer Sicht so auf Kante genäht, dass er eine Bodensatzabschöpfung in einer Höhe von gut 1,2 Prozent des Haushaltsvolumens schwerlich abwerfen kann. Diese Zielgröße ist nicht akzeptabel, sie strapaziert damit vor allem die Grundsätze der Haushaltswahrheit und -genauigkeit in eklatanter Weise. Ich sage hier für die Piratenfraktion ganz deutlich, mit dieser Globalen Minderausgabe geraten sie auch bedenklich in die Nähe der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit. Seitens der Rechnungshöfe in Deutschland und in der einschlägigen Literatur ist man sich in der Akzeptanz der Globalen Minderausgabe zwar weitgehend einig. Aber ausdrücklich nur - soweit sie sich in der Dimension der sogenannten „Bodensatzabschöpfung“ bewegt. Diese Grenze wird bei etwa einem Prozent des Budgetvolumens gesehen, Sie aber liegen mit rund 750 Millionen Euro eindeutig darüber!

Das Land Nordrhein-Westfalen schiebt große aufgelaufene Schuldenberge in Höhe von rund 136 Milliarden Euro vor sich her. Die finanziellen Handlungsspielräume sind demzufolge immer enger geworden, und zwar in Sonderheit durch eine reichlich kurzsichtige (und interessengeleitete) Steuersenkungspolitik auf Bundesebene. Die finanziellen Handlungsspielräume sind aber auch enger geworden durch den hier im Lande zu verantwortenden Schuldenaufbau in den vergangenen Legislaturperioden. Ich will hier und jetzt nicht einen Schuldigen für die Schulden suchen oder benennen. Aus Sicht der Piratenfraktion geht es darum, wie man es langfristig besser machen kann.

Aus Sicht der Piratenfraktion geht es vor allem darum wie man systematisch und nachhaltig die Zukunft für die Menschen in Nordrhein-Westfalen verbessern kann. Die kurzfristigen Rezepte sind alle gescheitert, und mit großen Worthülsen verliert die Politik den letzten Rest an Glaubwürdigkeit.

Wer will schon vorsätzlich und ohne Not Schulden machen? Wohl kaum jemand, den man unvoreingenommen befragt. Warum haben wir dann in NRW diese hohen aufgelaufenen Schuldenberge in Höhe von rund 136 Milliarden Euro? Aus Dummheit oder Sorglosigkeit im Umgang mit Geld? Warum liegt der Bund bei einer



Gesamtverschuldungsquote von etwa 80 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt? Aus Verschwendungssucht? Wer hat diese Schulden verursacht, und ist deren Höhe im Verhältnis zur jährlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen volkswirtschaftlich und gesellschaftlich eigentlich vertretbar? Viele Politiker, die heute vehement und in der ersten Reihe den Abbau der Schulden fordern, haben in der Vergangenheit lange Zeit in Abstimmungen immer wieder für eine Kreditfinanzierung der Länder- und Bundeshaushalte votiert!

Auch hier in Nordrhein Westfalen. Haben diese Politiker (Volksvertreter) das eigentlich leichtfertig und ohne triftigen Grund gemacht? Ich würde als neugewählter Pirat sagen: Vielleicht haben die Betroffenen es ja nur gut gemeint - aber dann haben sie es leider schlecht gemacht.

Wenn wir den Staat, hier die Landesregierung und das Parlament als aktiv handelnden Teil im Gesamtgefüge einer Wirtschafts- und Finanzpolitik insgesamt verstehen, müssen wir auch die mittelfristigen und nachhaltigen Wirkungen von Ausgaben und Investitionen ins Augenmerk nehmen.

Wir als Piraten verstehen darunter grundsätzlich z. B. Investitionen und Ausgaben:

- in die diskriminierungsfreie Nutzung der öffentlichen Infrastrukturen. Die Nutzung der Gemeingüter muss für alle Bürger/Innen gelten.
- in den freien Zugang zu Informationen und Wissen
- in die Förderung des Bürgerengagements sowie der Selbstorganisation und Selbstverwaltung
- in die Förderung aller Strukturen der sozialen und solidarischen Ökonomie
- in die Förderung der Partizipation aller Bürger nicht nur an der lokalen Politik sondern auch der Landespolitik als gleichberechtigte Partner (Open Government)
- in den fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr für alle Bürger
- in die kostenfreie Bereitstellung von IT für alle Schüler
- in die Bildung der nachwachsenden Generationen, und damit in Bildung für alle - ohne Gebühren oder Beiträge, von der Kita über die Schule bis zur Hochschule
- in die Bereitstellung von bezahlbarem und gutem Wohnraum
- in die Handlungsfähigkeit der Kommunen durch eine verbesserte Finanzausstattung
- in eine Verbesserung der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge

Die konkreten Investitionen von heute – sind im Ergebnis der gesellschaftliche Reichtum von morgen. Hier sprechen wir von notwendigen Ausgaben für die



Zukunftsvorsorge, die sich mittelfristig selbst finanzieren, hier würde es sicherlich auch Gemeinsamkeiten von uns Piraten mit der Landesregierung SPD/Grüne geben. Wir als Piratenfraktion sind der Auffassung, die Pflicht zum Abbau von Schulden darf eine Entlastung der Bürger und neue politische Schwerpunktsetzungen zugunsten einer Gemeinwohlorientierung für Alle nicht verhindern.

Ein ausgeglichener Staatshaushalt kann jedoch kein Selbstzweck sein und sagt auch nichts über die allgemeine Wohlstandsentwicklung. Die Entstehung von Staatsschulden ist immer auch eine Folge wirtschaftlicher Entwicklungen oder politischer Entscheidungen. Starke konjunkturelle Krisen führten in Deutschland immer zu deutlichen Defiziten der öffentlichen Gesamthaushalte. Ebenso kann analog zu einer verfehlten Ausgabenpolitik auch eine verfehlte Einnahmenpolitik ein strukturelles Defizit erzeugen.

Wie man es auch dreht und wendet: Die Summe der Schulden ist zwar insgesamt zu hoch und muss reduziert werden. Die volkswirtschaftliche Kehrseite der Medaille aber lautet: Die Summe der Guthaben ist insgesamt zu hoch und muss reduziert werden. Bedauerlicherweise wird aber in den üblichen Debatten nur der erste Satz wiederholt und ständig reklamiert. Eindimensionales Denken.

Der vielversprechendste und noch am ehesten mit Maß und Ziel beschreibbare Weg zu einer Verbesserung der Einnahmeseite, liegt nach unserer Auffassung in einer kräftigen Vermögensbesteuerung. Das ist zumindest in der Geschichte schon einmal mit großem Erfolg praktiziert worden. Und zwar als die USA in einer ausgesprochen schwierigen ökonomischen Situation waren, proklamierte F. D. Roosevelt seinen „New Deal“. In diesem Zuge setzte die Roosevelt-Administration eine drastische Anhebung der vermögensbezogenen Steuern durch, was zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung und zu einer wesentlich egalitäreren US-Gesellschaft bis in die siebziger Jahre führte.

Die Länder müssen zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit ausreichender Finanzkraft ausgestattet werden. Für durchgreifende Verbesserungen auf der Einnahmeseite liegen die Entscheidungskompetenzen ausschließlich in den Händen der CDU/FDP geführten Bundesregierung. Wenn dort ein Steuersenkungskonzert nach dem anderen veranstaltet



wird, dann muss man sich über die Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte nicht mehr wundern.

Es liegen Berechnungen vor (IMK), die ja auch schon in Ausschussanhörungen dieses Hauses genannt wurden, wonach in der Dekade von 2000 bis 2010 allein durch Steuerrechtsänderungen jährlich ca. 50 Mrd. an staatlichen Steuerausfällen zusammenkommt. Soviel zu Relevanz und Dimension der Entscheidungen auf Bundesebene.

Es muss endlich die Vermögenssteuer angepackt werden. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer muss grundlegend novelliert werden. Bei der Einkommenssteuer muss der Spitzensteuersatz erhöht werden. Der Körperschaftssteuersatz ist zu erhöhen und vieles mehr. Eine höhere Besteuerung derjenigen, die sich finanziell keine großen Sorgen machen müssen, ist nicht nur vertretbar, sondern aus Gerechtigkeitsgründen geradezu geboten. Insgesamt ließen sich damit auf einfache Weise und ohne ökonomische Verwerfungen jährlich ca. 75 Milliarden Euro an Mehreinnahmen erzielen, die für eine sinnvolle gesellschaftliche Verwendung eingesetzt werden könnten. Auf Nordrhein-Westfalen entfielen davon ein so wesentlicher Teil, das endlich die erforderlichen Zukunftsinvestitionen für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation unserer Bürgerinnen und Bürger finanziert werden könnte. Und da hätten wir Piraten eine ganze Menge Konstruktives anzubieten.

Die Finanzmarktkrise ist allgegenwärtig. Warum werden Milliarden an verlorenen Finanzhilfen für die Banken bereitgestellt, die von allen Bürgern zu zahlen sind aber keine Finanztransaktionssteuer eingeführt? Warum sollen Umsätze an den Finanzmärkten nicht besteuert werden, wo doch auf alles Steuern erhoben wird. Sogar auf Milch 7 %. So wie alle anderen Wirtschaftszweige muss auch die Finanzbranche eine Mehrwertsteuer für ihre Produkte und Dienstleistungen zahlen.

Man begibt sich freiwillig und fahrlässig dieser Einnahmequelle. Das ist nicht weiter zu verantworten. Private Schulden werden auf diese Weise vollständig sozialisiert. Wo bleibt dabei der Grundsatz: Wer bestellt hat – der soll auch bezahlen!?



Wer kein Eigenkapital hat, der kann auch keine Geschäfte machen. Warum werden dann Schattenbanken, die in der Regel ohne oder mit extrem geringem Eigenkapital arbeiten, nicht verboten? Sie haben noch nicht einmal eine Banklizenz und entziehen sich so der Bankenaufsicht.

Ich will einmal daran erinnern, dass Presseberichten zufolge z. B. die IKB in Düsseldorf eine Zweckgesellschaft namens Rhineland Funding hatte mit sage und schreibe 500 Euro Eigenkapital. Damit wurde jedoch ein Portfolio an Krediten und Hypotheken bewegt in Höhe von 13 Milliarden Euro.

Die Deutsche Bank hat übrigens 2000 Tochtergesellschaften wovon allein 400 Zweckgesellschaften im Offshore El Dorado Wilmington, USA zu finden sind. Auf diese Weise entzieht man sich elegant aber durchsichtig der Finanzmarktaufsichtsbehörde BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) und der Durchsetzung der einschlägigen Basel III Eigenkapitalrichtlinien auf europäischer Ebene.

Heute in Zeiten der flächendeckenden staatlichen Bankenrettung haften die als „systemrelevant“ bezeichneten Akteure nicht einmal mehr mit ihrem Eigenkapital!

Wer der Allgemeinheit finanzielle Lasten in dieser Dimension aufzwingt, ist ihr auch eine Erklärung schuldig! Wieder einmal sollen ehrliche Steuerzahler für die Verluste der Banken und deren unverantwortliche Zockerei mit Risikopapieren geradestehen.

Machen sie sich keine Illusionen, meine Damen und Herren von der Landesregierung. Auch hier in Nordrhein Westfalen kann man mit rationalen Maßstäben der Öffentlichkeit nicht erklären, dass für die immensen Verluste der ehemaligen WestLB und deren Bad Bank, Milliarden an Finanzierungsmitteln aus dem Haushalt mobilisiert werden müssen.

Allein im aktuellen Haushalt 2012 werden die Bürgerinnen und Bürger mit einer Milliarde Euro in Haftung genommen. Uns Piraten drängt sich der Eindruck auf, dass für die Banken immer reichlich Geld da ist. Angesichts der engen finanziellen Handlungsspielräume wird dann erst in zweiter Linie geschaut, was denn dann für soziale Projekte und Zukunftsinvestitionen für die Menschen in NRW übrig bleibt.



Einmal nüchtern und durchaus großzügig betrachtet, stellt die Landesregierung im Haushalt 2012 für neue Politikfelder, wie etwa frühkindliche Bildung, Kompensation für wegfallende Studiengebühren und Stärkung der Kommunen im Steuerverbund, gerade mal so viel bereit wie für die WestLB! Meine Damen und Herren von der Landesregierung, wir Piraten sagen ganz deutlich. Das ist uns zu viel Geld für die WestLB und zu wenig für neue Zukunftsprojekte.

An einer glaubwürdigen Auflösung dieses Widerspruches zwischen der Sozialisierung der Verluste der WestLB und der Verwendung öffentlicher Gelder zugunsten von sozialer Gerechtigkeit wird sich diese Landesregierung noch abarbeiten müssen.

Wir als Piratenfraktion werden den vorgelegten Haushalt noch im Einzelnen prüfen und zu bewerten haben. Für uns wird im Vordergrund stehen, inwieweit denn die Einzelpläne auch tatsächlich dem hohen und theoretischen Ziel des anspruchsvollen Dreiklangs standhalten. Sie haben immer wieder verkündet „Gezielt sparen, in Zukunft investieren, Einnahmen erhöhen“. SPD und Grüne müssen sich nun an ihren eigenen Wahlversprechen messen lassen. Wir als Piraten haben dazu ganz grundsätzliche Vorstellungen und werden über Einzelheiten noch zu beraten haben:

- Wir werden im Rahmen der Haushaltsberatungen einige konkrete Projekte von unserer Seite benennen.
- Wir werden unsere Projektvorschläge einbringen und auch Gegenfinanzierungsvorschläge machen
- Wir erwarten in diesem Zusammenhang von der Landesregierung SPD/GRÜNE eine ernsthafte und seriöse Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Piraten. Wir werden unser Verhalten zum Haushalt 2012 schlussendlich von deren Berücksichtigung abhängig machen.
- Wir werden Sie, Frau Ministerpräsidentin Kraft und ihre Landesregierung beim Worte nehmen und prüfen, ob ihren Worten auch Taten folgen.

Entscheidend ist für uns Piraten, ob der von Ihnen verkündete Anspruch dann auch der Wirklichkeit entspricht. Dabei kommt es nicht immer auf den letzten Euro an, der für bestimmte Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird. Es kommt darauf an, ob mit Ihnen



eine nachhaltige Verbesserung der Zukunft, die sicherlich von uns allen gewollt ist, auch glaubwürdig vollzogen werden kann. Eine solche Veränderung muss für die Kinder, für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, für die Studentinnen und Studenten aber auch ganz konkret in ihrer Alltagssituation erfahrbar sein.

Vielen Dank.